

■ Liberia

auf die iranische Botschaft in Beirut, bei dem am 19. November mindestens 23 Menschen starben, stand im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien. Die für den Anschlag verantwortliche Terrorgruppe erklärte, die Anschläge würden fortgesetzt, bis sich die von Iran unterstützte Hisbollah aus Syrien zurückzöge. Als es Ende November erneut zu Unruhen in Tripoli kam, rückte die Armee mit Panzern in die Stadt ein und übernahm mit Zustimmung der Regierung die Kontrolle.

Nach einem Streit um ein neues Wahlgesetz und um die Verlängerung der Amtszeit des der Opposition nahestehenden Geheimdienstchefs erklärte Ministerpräsident NADSCHIB MIKATI am 22. März seinen Rücktritt. Am 6. April einigten sich die Parlamentarier auf den Sunniten TAMMAM SALAM als neuen Ministerpräsidenten. SALAM, der der Syrien- und Hisbollah-kritischen Opposition nahesteht, schaffte es allerdings im Laufe des Jahres nicht, eine Regierung zu bilden, so dass MIKATI weiterhin geschäftsführend im Amt blieb. Angesichts der politischen Krise im Land verlängerten die Abgeordneten ihre Amtszeit um 17 Monate und verschoben die für Mitte Juni geplante Parlamentswahl auf November 2014. ■

Liberia



Hauptstadt: Monrovia
 Einwohner: 4,2 Mio.
 Einwohner/km²: 44
 Staatsoberhaupt und Regierungschef:
 E. Johnson-Sirleaf
 BIP/Einwohner: 414 US-\$

■ Ende August 2013 wurde bekannt, dass alle rund 25000 Schulabgänger, die sich für ein Studium an der Universität in Monrovia beworben hatten, v. a. wegen mangelhafter Englischkenntnisse durch die Aufnahmeprüfung gefallen waren. Staatspräsidentin ELLEN JOHNSON-SIRLEAF erklärte, es sollten dennoch 1800 Kandidaten zum Studium zugelassen werden, indem die Aufnahmestandards wieder herabgesetzt wurden.

Mitte September trat JOHNSON-SIRLEAFS Sohn ROBERT SIRLEAF als Aufsichtsratsvorsitzender der Nationalen Ölfirma Liberias (Nocal) zurück. Gegner der Staatspräsidentin und Friedensnobelpreisträgerin hatten ihr seit längerer Zeit Korruption und Vetternwirtschaft vorgeworfen.

Der frühere Präsident CHARLES TAYLOR, der 2012 durch das Sondertribunal für Sierra Leone in Leidschendam bei Den Haag als Kriegsverbrecher zu 50 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, verlor am 26. September das Berufungsverfahren. TAYLOR war der erste ehemalige afrikanische Staatschef, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor einem internationalen Gericht zur Verantwortung gezogen wurde (→ Kriegsverbrechertribunale). ■

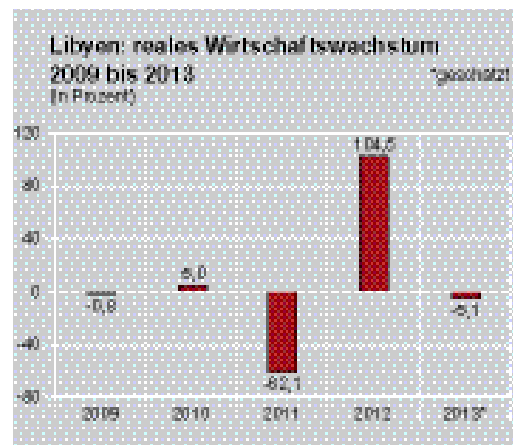
Libyen



Hauptstadt: Tripolis
 Einwohner: 6,4 Mio.
 Einwohner/km²: 4
 Staatsoberhaupt:
 Nuri Ali Abu Sahmein
 (seit 25. 6. 2013)
 Regierungschef: A. Zeidan
 BIP/Einw.: 10456 US-\$ (2009)

■ Nach dem Wirtschaftsboom des Vorjahres schrumpfte das BIP 2013 um 5,1 %. Die Öl- und Gasexporte, die rund 80 % der Wirtschaftsleistung Ls ausmachen, gingen drastisch zurück. Wurde 2012 mit 1,5 Mio. Barrel pro Tag das Förderniveau der Zeit vor dem Sturz MOAMAR AL-GADDHAFIS 2011 erreicht, so sank dieser Wert im August 2013 auf 407000 Barrel pro Tag. Die meisten Förder- und Exportanlagen wurden 2013 blockiert, bestreikt oder sabotiert. Anfang November wurden die Einnahmen, die dem Staat dadurch entgingen, auf 5 Mrd. US-\$ geschätzt. Die Sicherheitslage blieb 2013 weiter höchst angespannt, was zum Rücktritt mehrerer Minister führte. **Rücktritt des Parlamentspräsidenten** Am 5. März überlebte das Übergangsstaatsoberhaupt, Parlamentspräsident MOHAMMED AL MAGARIEF, einen Attentatsversuch, als Milizionäre das Ausweichquartier des Parlaments stürmten. Sie forderten, früheren Funktionären unter GADDHAFI jede politische Aktivität zu untersagen. Am 6. Mai beschloss das Parlament ein sog. Isolationsgesetz, das Funktionsträgern des alten Regimes für zehn Jahre die Betätigung in Regierung, Parteien, Staatsfirmen, Polizei, Militär und Justiz verbot. MAGARIEF, der bis zu seinem Bruch mit GADDHAFI 1980 L. als Botschafter gedient hatte, trat daraufhin am 28. Mai zurück. Neuer Parlamentspräsident wurde am 25. Juni der unabhängige Abgeordnete der Amazigh-Minderheit (Berber) NURI ALI ABU SAHMEIN.

Entführung des Ministerpräsidenten Nachdem ein US-amerikanisches Spezialkommando einen mut-





Libyen Einen Tag nach seiner Entführung tritt Ministerpräsident Ali Zeidan bei einer Pressekonferenz in Tripolis auf.

maßlichen al-Qaida-Führer in Tripolis verhaftet und außer Landes gebracht hatte, verschleppten Islamisten zugerechnete Milizionäre am 10. Oktober Ministerpräsident ALI ZEIDAN, bis ihn eine andere bewaffnete Gruppe nach sieben Stunden aus dem Innenministerium befreite.

Proteste gegen Milizen Wiederholt fanden Demonstrationen gegen die Machtansprüche der Milizen statt. Bei einem Protest in Bengasi erschossen Angehörige der Derra-Miliz Mitte Juni 27 Demonstranten. Nach schweren Kämpfen zwischen Milizen aus Tripolis und Misurata mit 50 Toten und 500 Verletzten sowie Angriffen auf unbewaffnete Demonstranten, die den Abzug der Milizen gefordert hatten, wurde Mitte November in Tripolis der Ausnahmezustand verhängt. Die Milizen zogen sich daraufhin langsam aus der Hauptstadt zurück. Ende November kam es bei Gefechten zwischen der Armee und Angehörigen der islamistischen Miliz Ansar al-Scharia in Bengasi zu 14 Toten und 50 Verletzten. Aus Tripolis wurden Kämpfe zwischen der Armee und Ansar al-Scharia gemeldet, deren Kämpfer sich weigerten, aus der Hauptstadt abzuziehen.

Rechtsprechung Am 4. Dezember stimmte die Nationalversammlung für die Scharia als künftige Grundlage der Gesetzgebung.

Aufarbeitung der Gaddhafi-Ära Mitte September sollte in Tripolis der Prozess gegen GADDHAFIS ältesten Sohn SAIF AL-ISLAM beginnen, der jedoch weiterhin von Milizen in Sintan festgehalten wurde. Auch der ehemalige Geheimdienstchef ABDULLAH AS-SENSUSSI sollte angeklagt werden, die Prozessöffnung wurde jedoch vertagt. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag forderte weiterhin die Auslieferung beider Angeklagter, da bezweifelt wurde, dass die Justiz in L. ein faires Verfahren durchführen könne.

Ölexport Bewaffnete Gruppen sabotierten in verschiedenen Landesteilen den Ölexport. Anfang November stellte der zunächst von der Regierung für

die Bewachung der östlichen Ölhäfen eingesetzte Milizenführer IBRAHIM JATRAN, der den Ölexport im Sommer gestoppt hatte, eine eigene Regierung für die Region Cyrenaika vor, die im August eine Autonomieerklärung abgegeben hatte. In der südlichen Region Fessan besetzten Angehörige der Minderheiten der Tubu und Tuareg Ölfelder. Milizen der im Nordwesten lebenden Amazigh unterbrachen Anfang November die Gaslieferungen nach Italien. ■

Lichtenstein



Hauptstadt: Vaduz
 Einwohner: 37 000
 Einwohner/km²: 231
 Staatsoberhaupt: Alois III.
 Regierungschef:
 A. Hasler (seit 27. 3. 2013)
 BIP/Einwohner:
 134 617 US-\$ (2009)

■ Bei den Landtagswahlen vom 3. 2. 2013 musste die bislang regierende Vaterländische Union (VU) erhebliche Verluste hinnehmen und erlangte lediglich 33,5 % der Stimmen (-14,1 %), während die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) 40 % erhielt (-3,5 %.). Die erstmals angetretene Protestpartei Die Unabhängigen (DU) konnte 15,3 % der Stimmen auf sich vereinen. Am 27. März wurde ADRIAN HASLER (FBP) als Regierungschef in einer neu aufgelegten Koalition aus FBP und VU vereidigt.

Im Zuge des seit 2010 eingeschlagenen Sparkurses beschloss die neue Regierung im September ein drittes Sparpaket in Höhe von 233 Mio. sfr (ca. 188 Mio. €), um bis 2017 einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Im November unterzeichnete L. die Konvention des Europarats und der OECD zur Amtshilfe in Steuersa-